

# PLENUM 2022



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

Mehr Tempo, mehr Ehrgeiz, mehr Zusammenarbeit!

### CARSTEN TRÄGER:

Bye, bye Hartz IV: Wir kämpfen für das Bürgergeld!

### MARTINA STAMM-FIBICH

Triage-Gesetz beschlossen

### GABRIELA HEINRICH:

Lulas Wahlsieg: Wichtig für Brasilien und die Welt

### JAN PLOBNER:

Wählen ab 16? Wir machen es bei der Europawahl möglich

## Mehr Tempo, mehr Ehrgeiz, mehr Zusammenarbeit!

Deutschland bekennt sich auf der Weltklimakonferenz entschlossen zum gemeinsamen weltweiten Klimaschutz. Jedes Zehntelgrad Erderwärmung weniger bedeutet zugleich weniger Dürren und Überschwemmungen, weniger Ressourcenkonflikte, Hunger und Missernten – und damit mehr Sicherheit und Wohlstand für alle.

Wir stehen zu unseren Klimazielen, national wie international. Um das deutlich zu machen, ist Bundeskanzler Olaf Scholz in dieser Woche persönlich zur Weltklimakonferenz in Sharm-el-Sheikh gereist.

Unser Ziel ist, den globalen Höhepunkt der Treibhausgasemissionen spätestens 2025 hinter uns zu lassen und die weltweiten Emissionen bis 2030 nahezu zu halbieren. Dafür wollen wir bis 2045 als eines der ersten Industrieländer selbst klimaneutral werden. Wir werden aus den fossilen Brennstoffen aussteigen, denn es darf keine Renaissance der fossilen Energien geben. Dass wir vorübergehend stärker auf sie zurückgreifen müssen, um die ausbleibenden russischen Gaslieferungen zu kompensieren, ändert daran nichts. Die Zukunft gehört Windkraft, Solarenergie und grünem Wasserstoff.

Wir denken die deutschen und die internationalen Bemühungen um Klimaschutz zusammen, denn es wird nur gemeinsam gehen. Wir sind bereit, die Staaten, die von den Folgen des Klimawandels am härtesten betroffen sind, aber am wenigsten zu seiner Verursachung beigetragen haben, stärker zu unterstützen. In den letzten drei Jahren haben wir unsere Mittel für die inter-



UNITED NATIONS FRAMEWORK CONVENTION ON  
CLIMATE CHANGE / COP27 WEBSITE

nationale Klimafinanzierung um mehr als ein Drittel auf 5,3 Milliarden Euro erhöht. Rund die Hälfte davon fließt in Maßnahmen zur Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen. Dieses ausgeglichene Verhältnis zwischen Finanzierung von Emissionsminderung und Klimaanpassung wollen wir beibehalten und erhöhen bis 2025 unseren Beitrag auf 6 Milliarden Euro jährlich.

Wir wollen diese Konferenz mit einem robusten Arbeitsprogramm zur Emissionsminderung abschließen, das konkrete Minderungsschritte enthält und

die noch bestehende Umsetzungslücke schließt. Wir brauchen die internationale Zusammenarbeit, zum Beispiel künftig im Rahmen des offenen und kooperativen Klimaclubs, für den die G7 bereits den Grundstein gelegt haben. Er soll allen Staaten offenstehen, die beim klimaneutralen Umbau unserer Volkswirtschaften und unserer Industrien vorankommen wollen.

In einem gemeinsamen Antrag im Bundestag haben wir Ampelfraktionen die Bundesregierung anlässlich der Konferenz aufgefordert, eine Klimaaußenpolitikstrategie zu entwickeln, die eine kohärente Arbeit der Ministerien in diesem Bereich sicherstellt, klimaaußenpolitische Ziele formuliert und soziale, sicherheits- und geopolitische Aspekte der Klimakrise einbezieht. Die Bundesregierung soll zudem auf eine gerechte Klimafinanzierung hinarbeiten, bei der die Geberländer ihre Mittel für die internationale Klimafinanzierung auf 100 Milliarden Euro jährlich ab 2023 erhöhen.

Unseren entschlossenen Bekenntnissen müssen entschlossene Taten folgen. Beim Kampf gegen die Klimakrise können wir nur gemeinsam erfolgreich sein. Daran werden wir gemessen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Bye bye Hartz IV: Wir kämpfen für das Bürgergeld!

Der Bundestag hat beschlossen: Ab 1.1.2023 soll das neue Bürgergeld die alte Grundsicherung ersetzen. Es ist die größte Sozialreform seit 20 Jahren, als die Hartz-Kommission ihren Bericht zur Arbeitsmarktreform vorlegte, und eine fundamentale Neuaufstellung unseres Sozialstaats. Nach der Ablehnung im Bundesrat muss jetzt der Vermittlungsausschuss eine Lösung finden.



**Wir setzen ein weiteres zentrales Wahlversprechen um und stellen den Sozialstaat auf ein neues Fundament. Er wird den Menschen mit Respekt begegnen, ihnen Sicherheit geben und die Chance eröffnen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.**

## MEHR SICHERHEIT

Wer Hilfe wegen Arbeitslosigkeit braucht, soll keine Angst mehr haben, die Wohnung oder das Ersparnis zu verlieren. Mit einer Karenzzeit von zwei Jahren für Wohnen und nicht erhebli-

ches Vermögen kann das Lebensumfeld erhalten bleiben. Als erheblich gelten 60.000 Euro für die leistungsberechtigte Person und 30.000 Euro für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft. Bei einer vierköpfigen Familie wären so 150.000 Euro Ersparnis geschützt.

## MEHR CHANCEN

Wir bringen Menschen künftig besser und gezielter in Arbeit, indem wir noch stärker auf Aus- und Weiterbildung setzen – auch durch finanzielle Anreize wie einem monatlichen Weiterbildungsgeld und dem Bürgergeldbonus. Vorrang hat nicht mehr die möglichst schnelle, sondern die möglichst langfristige Vermittlung in Arbeit. Wer keinen Berufsabschluss hat, soll diesen nachholen können, statt kurzfristig eine Hilfstätigkeit übernehmen zu müssen.

## MEHR RESPEKT

Mit neuen Coaching-Angeboten und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes unterstützen wir Menschen, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Sobald ein erster gemeinsamer Kooperationsplan erarbeitet ist, gilt außerdem eine sechsmonatige Vertrauenszeit, in der keine Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen eintreten.

## DAS WOHNUNGSGELD STEIGT

Ab Januar verdoppelt sich das Wohngeld auf durchschnittlich 370 Euro pro Monat. Anspruchsberechtigt sind dann zwei Millionen Haushalte – 1,4 Millionen mehr als bisher. Das neue Wohngeld hilft künftig 4,5 Millionen Menschen dabei, ihre Energiekosten zu bewältigen.

## MEHR GELD

Der Regelsatz wird um etwa 50 Euro erhöht und künftig schneller an Preissteigerungen angepasst. Trotzdem bleibt der Lohnabstand zu Erwerbstätigen, die Vollzeit für den von uns erhöhten Mindestlohn arbeiten, deutlich bestehen. Die Zahlen, die CDU und CSU verbreiten, sind nachweislich falsch und dienen nur der Stimmungsmache. Unterstützungsangebote gibt es außerdem für Menschen mit und ohne Arbeit.

Die Unionsländer sollten sich in einer solchen Zeit nicht von Friedrich Merz und Markus Söder für Wahlkampfmanöver mit falschen Zahlen instrumentalisieren lassen. Wir sind bereit, die nötigen Gespräche im Vermittlungsausschuss zu führen. Aber auch die Länder müssen ihre Verantwortung für die Menschen in diesen schwierigen Zeiten wahrnehmen.





# Triage-Gesetz beschlossen

Mit dem der Verabschiedung eines Gesetzes zur Triage stellen wir sicher, dass es bei einer Triage-Entscheidung im Krankenhaus nicht zu einer Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen kommt.

Wie soll im Krankenhaus während einer Pandemie darüber entschieden werden, wer sterben muss und wer leben darf, wenn nicht alle gerettet werden können? Diese Frage beschreibt ein Dilemma, das niemals zur Zufriedenheit aller aufgelöst werden kann.

Wofür die Politik allerdings Sorge tragen muss, ist, dass bei der Entscheidung niemand aufgrund einer Behinderung, des Alters oder anderer Faktoren diskriminiert wird. Dieses Recht auf Gleichbehandlung hat das Bundesverfassungsgericht in seinem

Triage-Urteil, das der Auslöser für dieses Gesetz war, explizit betont.

## Die Frage nach dem richtigen Entscheidungskriterium

Gleichzeitig hat das BVerfG aber auch betont, dass der Gesetzgeber dort – wo nicht alle gerettet werden können – darauf hinwirken darf, dass möglichst viele Menschen gerettet werden.

Aus dem Zusammenspiel von Diskriminierungsfreiheit und dem Ziel der Rettung vieler Menschen ergibt sich der Lösungsansatz, den wir für das Gesetz gewählt haben: Die sogenannte „kurzfristige Überlebenschance“ soll darüber entscheiden, wer gerettet wird und wer nicht, weil sie als einziges Kriterium beide genannten Aspekte vereint: Die Diskri-

minierungsfreiheit und das Ziel, möglichst viele Menschen zu retten.

Eine Auswahl per Zufallsprinzip – wie von manchen gefordert – wäre zwar in der Theorie gerecht, hätte aber zur Folge, dass insgesamt weniger Menschen gerettet werden können. Durch die Einführung des Vier-Augen-Prinzips sowie durch Dokumentations- und Meldepflichten stellt das Gesetz sicher, dass es bei der Einschätzung über die kurzfristige Überlebenschance nicht zur Diskriminierung bestimmter Gruppen kommt.

Im Bundestag habe ich vor der Abstimmung eine Rede zum Thema gehalten. Unter dem folgenden Link können Sie sich die Rede in der Mediathek des Bundestags noch einmal ansehen. [shorturl.at/GKNS8](https://shorturl.at/GKNS8)

# Debatte um Atomkraft im Petitionsausschuss

Wollen wir wirklich einen Wiedereinstieg vom Ausstieg vom Einstieg vom Ausstieg vom Einstieg in die Atomkraft? Darüber haben wir im Petitionsausschuss diskutiert.

Der Petent – Unterzeichner der sogenannten „Stuttgarter Erklärung“ – forderte einen Wiedereinstieg in die Atomkraft. Sie sei sicher, günstig und CO<sub>2</sub>-frei. Doch das sehen die SPD-Fraktion im Bundestag und ich komplett anders:

Die Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie. Große Katastrophen sind zwar selten aber ich

werde die Tage um den 26. April 1986 nie vergessen. Tschernobyl und Wackersdorf haben mich geprägt.

Die Atomkraft ist auch nicht CO<sub>2</sub>-neutral. Durch Bergbau, Meilerbau, Meilerbetrieb und Lagerung des Atom Mülls, stößt Atomstrom bis zu zehnmal mehr CO<sub>2</sub> aus als die Windkraft.

Die Atomkraft ist nicht günstig. Die realen Kosten von Atomstrom werden auf 42 Cent/kWh berechnet, die von Windkraft auf 8 Cent/kWh. Mal ganz davon abgesehen, dass wir 65 Jahre nachdem der erste deutsche Reaktor in Betrieb genommen wurde über-

haupt keine Idee haben, ob wir den Atom Müll in Deutschland sicher endlagern können, geschweige denn wo.

Die Risiken für Mensch und Umwelt sind real und ich möchte das zu investierende Geld lieber in sichere und günstige erneuerbare Energien investiert sehen. Bei Erneuerbaren müssen unsere Nachkommen in hunderterten bzw. tausenden von Jahren auch nicht immer noch überlegen, wo sie den strahlenden Abfall lagern sollen und wer das bezahlen soll.

Deshalb sage ich Nein zur Atomkraft und Nein zu einem Wiedereinstieg!



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Lulas Wahlsieg: Wichtig für Brasilien und die Welt

Der Ausgang der Wahlen in Brasilien hilft dem Regenwald und damit dem Weltklima. Partnerschaft mit Brasilien jetzt erneuern!

**Luiz Inácio Lula da Silva (meistens nur kurz "Lula" genannt) hat die Präsidentschaftswahlen in Brasilien gegen den amtierenden Präsidenten Jair Bolsonaro gewonnen. Das sind gute Nachrichten – vor allem nach einem so schmutzigen Wahlkampf.**

"Olaf Scholz hat keinen Pakt mit dem Teufel." In Deutschland ist eine solche Schlagzeile undenkbar. Das Team um Lula musste aber so ein Statement im Vorfeld der Stichwahlen veröffentlichen. Zuvor kursierte in Brasilien ein Video, in dem dem Präsidentschaftskandidaten Satanismus unterstellt wurde. Der Wahlkampf war schmutzig, um Problemlösungen ging es kaum.

Ein Experte der Friedrich-Ebert-Stiftung hat festgestellt: "Eine Politik jenseits demokratischer Spielregeln hat sich etabliert, die nicht an Sachthemen interessiert ist, sondern in großen Teilen an ideologischen Linien gespalten ist."

Aber jetzt zählt das Ergebnis. Aus sozialdemokratischer Sicht ist es erfreulich: Für die Demokratie in Brasilien, für die Minderheiten dort und für die ganze Welt. Es ist davon auszugehen, dass Lula den brasilianischen Regenwald nicht mehr so aggressiv abholzen lässt, wie Bolsonaro es getan hat. Das deutsche Entwicklungsministerium will jetzt eingefrorene Gelder des Amazonas-Fonds freigeben. Brasili-

en kann wieder verlässlicher Partner in der internationalen Gemeinschaft werden.

Und wir brauchen verlässliche Partner in den derzeitigen globalen Krisen. Das gilt zunächst für die multilateralen internationalen Organisationen. Und wenn wir es mit der Diversifizierung der Lieferketten und des Handels wirklich ernst meinen, sollte Europa die Beziehungen zu Brasilien wieder ausbauen.

Das Handelsabkommen MERCOSUR könnte dabei helfen. Allerdings nur, wenn die Bedingungen des Koalitionsvertrages zur Nachhaltigkeit im Abkommen auch umgesetzt werden.

## Schmutzige Wahlkämpfe in Israel und den USA

**Auch in Israel und in den Vereinigten Staaten von Amerika wurde gewählt. In beiden Ländern gab es ebenfalls jeweils schmutzige Wahlkämpfe.**

Wahlbeobachter\_innen der OSZE haben von "weitverbreiteter Desinformation" bei den amerikanischen Zwischenwahlen gesprochen. Die Rede war auch von Drohungen ge-

gen Wahlhelfer. Aussagen, die eine inklusive Politik abbilden, sind bei vielen Kandidat\_innen der US-Republikaner kaum noch zu hören. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Kandidat\_innen wirklich nur noch Politik für waffenbesitzende, erzkonservative Weiße machen möchten. Auch in Israel betrieben vor allem die konservativen und religiösen Parteien einen rein identi-

tätspolitischen Wahlkampf. Wahlversprechen betreffen oft nur noch die Vorteile für eine bestimmte Gruppe – zum Beispiel für religiöse Jüdinnen und Juden.

Das bildet leider ab, wie stark mittlerweile auch diese Gesellschaften gespalten sind. Man darf gespannt sein, wie es in den USA und in Israel weitergeht!



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ [jan.plobner@bundestag.de](mailto:jan.plobner@bundestag.de)

☎ 030 - 227 71 577

🌐 [www.jan-plobner.de](http://www.jan-plobner.de)

📘 [facebook.com/janplobner.5](https://facebook.com/janplobner.5)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Wählen ab 16? Wir machen es bei der Europawahl möglich

Wir senken das Wahlalter bei der Europawahl auf 16 Jahre – warum das ein guter erster Schritt ist, aber lange noch nicht reicht.

Junge Menschen wissen was sie wollen. Sie sind laut, gehen auf Demonstrationen, engagieren sich in Schulen und Organisationen und machen auf ihre Forderungen aufmerksam. Doch vor allem: Sie sind politisch, das wissen wir nicht erst seit „Fridays for Future“ und „Black lives matter“.

Viele Themen, die in der politischen Debatte stehen, betreffen gerade die jüngeren Generationen und getroffene Entscheidungen haben maßgebliche Auswirkungen auf ihr Leben in den nächsten Jahrzehnten. Das Problem ist, dass die Betroffenen keinerlei Einfluss auf das politische Geschehen haben, weil sie nicht wählen dürfen. Dabei wollen und können Jugendliche ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Arbeiten, Steuern zahlen, einer Partei beitreten, einen Führerschein machen. All das sind Dinge, die wir U18-Jährigen zutrauen, wieso holen wir dann nicht auch in politischen Fragen, die sie maßgeblich betreffen, ihre Stimme ein? Wieso lassen wir manche von ihnen vier Jahre bis zur nächsten Wahl warten, wenn sich auch jetzt schon einen Unterschied könnten?

Dass junge Menschen nicht reif genug oder urteilsunfähig wären, ist eine unberechtigte Sorge. Wenn mich Schüler\*innen besuchen und ich mit jungen Menschen in den Austausch komme, merke ich immer wieder, dass das

politische Interesse und der Wunsch nach Teilhabe da sind. Außerdem denke ich, dass durch die Möglichkeit zu wählen, die Auseinandersetzung mit politischen Themen und unserer Demokratie nur fördert. Gleichzeitig geben wir der Jugend das Gefühl, gehört und ernst genommen zu werden. Dazu sei auch gesagt, dass Wählende ab 18 sich auch keinen Eignungstests unterziehen müssen, um an der Wahl teilnehmen zu können. Wieso sollte dies dann nicht auch für die U18 Wähler\*innen gelten? Unterschiedliche Anforderungen an unterschiedliche Generationen ist im Zusammenhang mit politischer Partizipation und dem Wahlrecht keine Option.

Auch spricht Deutschlands Demografie für die Absenkung. Unsere Bevölkerung altert und während ein Drittel aller Wählenden über 60 ist, bleiben mehrere Millionen Kinder und Jugendliche unterrepräsentiert, und das häufig bei für sie zukunftssträchtigen Entscheidungen.

„Mitgehört“ zu werden reicht nicht aus. Junge Menschen sind in der Lage, selbst eine verantwortungsbewusste Wahlentscheidung zu treffen. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Europawahlen, geben wir Jugendlichen hier die Chance mitzuwirken und ihre Interessen zu vertreten. Noch wichtiger: wir geben einer gan-

zen Generation auf EU-Ebene eine Stimme.

Doch mit der Absenkung bei den EU-Wahlen ist es alleine nicht getan. Wir brauchen eine einheitliche europäische Lösung für alle Mitgliedsstaaten. Nur so können wir politische Teilhabe junger Menschen europaweit ermöglichen.

Nicht nur bei der Europawahl, sondern auch in einigen Bundesländern können Jugendliche ab 16 Jahren bereits ihre Stimme bei Kommunal- und Landtagswahlen abgeben. Das ist gut so. Schaut man auf die letzte Europawahl, lag die Wahlbeteiligung bei nur 50%. Studien zeigen, dass eine Herabsenkung des Wahlalters die Wahlbeteiligung nachhaltig steigern würde. Wir müssen jungen Menschen Formen wirksamer Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Formen der Partizipation sich über alle politischen Themenfelder erstrecken und umfassend aufgestellt sind. Eine bessere Möglichkeit als das Wahlrecht gibt es in unserer Demokratie nicht.

Deswegen möchten wir noch weiter gehen und machen uns auch für eine Senkung des Wahlalters bei der Bundestagswahl stark, damit sich junge Menschen auch hier schon früh demokratisch einbringen können.